

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Joachim Paul (AfD)

### Nicht genehmigte ausländische Direktinvestitionen in Rheinland-Pfalz

Am 1. Februar berichtete „Welt Online“: „Die Bundesregierung ließ in der Nacht zum Dienstag die Frist für eine Zustimmung zu einem Milliardendeal in der Chipbranche einfach verstreichen, das Geschäft platzte damit. Eigentlich wollte der taiwanesisische Konzern Globalwafers das deutsche Unternehmen Siltronic für knapp 4,4 Milliarden Euro übernehmen.“ Die nicht getätigte Zustimmung des Wirtschaftsministeriums sei vor dem Hintergrund zu bewerten, „den Verkauf deutscher Unternehmen, die als besonders zukunftstauglich gelten, in Schlüsselbereichen der Wirtschaft zu verhindern“. (Vgl. <https://www.welt.de/wirtschaft/article236622411/Siltronic-Kluges-Nichtstun-Habeck-laesst-den-Milliarden-Chip-Deal-platzen.html?icid=search.product.onsitesearch>)

Ich frage die Landesregierung:

1. Wurden in den vergangenen fünf Jahren ausländische Direktinvestitionen in Rheinland-Pfalz durch die Landes- oder Bundesregierung entweder durch Nicht-Entscheidung oder Nicht-Genehmigung verhindert?
2. Wurden in den vergangenen fünf Jahren chinesische Direktinvestitionen in Rheinland-Pfalz durch die Landes- oder Bundesregierung entweder durch Nicht-Entscheidung oder Nicht-Genehmigung verhindert?
3. Falls 1. oder 2. zutreffen, wurden diese Entscheidungen auf Grundlage der vorgesehenen Investitionsprüfung bei Übernahmen in der Außenwirtschaftsverordnung und im Außenwirtschaftsgesetz getroffen?

Joachim Paul